

SP Kanton Bern - Postfach 1096 - 3000 Bern 23

Polizei- und Militärdirektion  
Generalsekretariat  
Kramgasse 20  
3011 Bern  
[mitberichte@pom.be.ch](mailto:mitberichte@pom.be.ch)



Bern, 16. März 2016

## VERNEHMLASSUNGSANTWORT

### Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Asylgesetz

Sehr geehrter Herr Polizeidirektor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit im Rahmen der Vernehmlassung zur Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Asylgesetz Stellung nehmen zu können. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern (SP Kanton Bern) nimmt dazu innert Frist wie folgt Stellung.

## 1 GRUNDSÄTZLICHES

Wir bevorzugen und unterstützen die Variante B, da auch wir überzeugt sind, dass die Regierungsratshalterinnen und Regierungsratshalter (gem. Vortrag) für die Aufgaben geeignet sind. Hingegen streben wir eine Abschaffung der Asylkommissionen an, die bisherige Organisation hat sich nicht bewährt in der Praxis. Ebenfalls ist ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikation zwischen Kanton-Gemeinde-Bevölkerung zu richten. Die Koordination und Information für die Verwaltungskreise sollte hauptsächlich durch die Regierungsratshalterinnen und Regierungsratshalter gemacht werden. Sie werden zur Informations- und Koordinationsstelle und haben Triage-Aufgaben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass vorausschauend und laufend über die aktuelle Flüchtlingssituation im Kanton Bern informiert und nötige Massnahmen koordiniert werden.

Wir gehen davon aus, dass beispielsweise die Umsetzungsfristen, Zuweisungsfaktoren, rechtliche Situation wenn Gemeinden sich verweigern etc. in einer Verordnung geregelt werden.

## 2 BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN ARTIKELN

### Artikel 2 Absatz 1

Die übergeordnete Verantwortung muss klar geregelt sein. Die Koordination zwischen POM, JGK und ERZ soll gewährleistet sein. Die Volkswirtschaftsdirektion muss mehr eingebunden werden in der Suche nach Arbeitsplätzen (Beco/RAF).

### Artikel 4 Absatz 3

Wir möchten Artikel 4, Absatz 3 ersatzlos streichen. Die Asylkommissionen haben die nötige Unterstützung nicht gebracht. Die Aufgaben und Kompetenzen dieser Kommissionen sind nicht klar geregelt. Zudem hat sich die Organisation der Kommissionen durch die Trägerinnen und Träger nicht bewährt. Mit dem Einbezug der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter sind die Asylkommissionen eine unnötige Schnittstelle, die den Prozess nur verzögert.

## 3 SCHLUSSBEMERKUNG

Wir bitten Sie, unseren Vorschlag und unsere Anmerkung bei der Auswertung der Vernehmlassung zu berücksichtigen und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern  
Parti socialiste du canton de Berne



Ursula Marti  
Parteipräsidentin



David Stampfli  
Geschäftsführender Parteisekretär